

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellungen bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorberüh. Gebühreneinbarung auf Postbeschl. Alfred Kiebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionschl. Freitag

Erneuter Kampf um die politische Macht

Das deutsche Volk hat nur sechs Wochen Wahl-
ferien gehabt. Der am 31. Juli gewählte Reichst-
tag ist am 12. Septem-
ber aufgelöst worden.
Dieser Reichstag war
der fünfte der deut-
schen Republik. Er
hat die kürzeste Le-
bensdauer von allen
gehabt. Die durch die
Beratung mit Hitler
ans Ruder ge-
kommene Regierung
der Barone beab-
sichtigte die „aufbau-
willigen Kräfte der
Nation“ in das Räder-
werk der Politik
einzugliedern und zur
Mitarbeit heranzu-
ziehen. Die so ge-
nannte Präsidialre-
gierung mußte es
erleben, daß die von
ihm als aufbauwillig
angesehenen Kräfte
sich als höchst rauh-
beinig erwiesen und
darin mit den übrigen
oppositionellen Par-
teien übereinstimm-
ten, die Regierung zu
stürzen. Wochen hin-
durch haben zwischen
den Nationalsozia-
listen und dem Zen-
trum Verhandlungen
zwecks Herbei-
führung einer
schwarz-braun-
en Koalition
stattgefunden. Die
Oeffentlichkeit ist nicht
dapon unterrichtet
worden, was bei
diesen Verhandlung-
en herausgekommen
ist. Die Nazis haben
das Zentrum im
Wahlkampf auf das
Härteste bekämpft.
Trotzdem haben sich
diese Parteien er-
staunlich rasch zu Ver-
handlungen zusam-
mengenommen. Wäre
eine schwarz-braune
Koalition zustande
gekommen, so hätte
sich das deutsche Volk
wahrscheinlich nicht
besser gefühlt als
beim Regiment des
Herrenklubs. Worin
sind die Bemühungen
zur Herbeiführung
einer solchen Koali-
tion eine Komödie ge-
blieben.—Auf die dra-
matische Reichstags-
sitzung am 12. Sep-
tember wollen wir
nicht weiter eingehen.
Das Schauspiel dürfte

unsern Lesern aus den Tageszeitungen bekannt sein. Die Nationalsozialisten haben sich als Hüter der

Verfassung aufgepielt. Daß dies nur eine Komödie war, ist von jedem Einsichtigen sehr rasch erkannt worden. Die gegenwärtige Regierung, die sich nur auf 42 Abgeordnete von 608 stützen konnte, wagte es, sich gegen die Parlamentsmehrheit aufzulehnen. Die falschen Freunde der Verfassung gebärden sich mild als die Vertreter der Demokratie. In Wirklichkeit verachten sie grundtätig den Willen der Volksmehrheit und sind jederzeit bereit diktatorisch zu herrschen. Die Verstimmung zwischen den Nazis und der Papen-Regierung ist nur dadurch zustande gekommen, weil Hitler nicht Reichstagsminister geworden ist und die herrschende Stellung in der Reichsregierung und in Preußen bekamen. Das deutsche Volk hat nunmehr erfahren, wohin es geführt hat, daß die Anhänger einer Diktatur die Mehrheit im Reichstag erhielten. — Die Spiegelfechtere der Nationalsozialisten um die Rechte des Reichsparlaments ist eitel Lug und Trug. Sie toben gegen eine Regierung, die allein durch sie an das Ruder gelangt ist. Unzählige Beweise dafür sind vorhanden, daß nur durch die Nationalsozialisten die Regierung Papen-Schleicher zum Zug gelangen konnte. Der Demagoge Goebbels hat noch vor wenigen Tagen folgendes Eingeständnis gemacht: „Auf unserem breiten Rücken sind die feinen Herren bedende in die Amtlichkeit geklettert.“ Dieses hinaufklettern in die Amtlichkeit konnte nur geschehen, weil die Nazis ihren breiten Rücken geduldig hingehalten haben. Nun, da diese

Gewerkschaftskollegen!

Der Bundesausschuß, die Vertretung der Hauptvorstände, hat am 9. und 10. September in Berlin getagt. Die Ergebnisse der Beratungen sind Euch aus der Gewerkschaftspresse bekannt. Über diese Berichterstattung hinaus muß ich Euch sagen, was uns alle an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte bewegt.

Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Unser Kampf wird schwerer sein denn je. Gegen uns steht wieder wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauernturns, weil sie unsere Ziele nicht kennen oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietracht, mit allem Bruderkrieg? Unser Kampf ist nicht ungünstig, wenn wir einig sind. Wir haben mehr Bewegungsfreiheit als in den letzten Jahren. Wir brauchen also nicht entmutigt zu sein. Wir gehen freier, wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.

Meine Mitarbeiter vom Bundesausschuß haben Euch in dieser entscheidenden Sitzung die Grundlagen aufgezeigt, von denen aus unsere Verbandsvorstände den neuen Weg entschlossen beschreiten werden. Wilhelm Eggert hat gezeigt, wie wir die Wirtschaft gestalten wollen. Franz Spliedt hat dargelegt, wie wir den Angriffen auf die Sozialpolitik begegnen müssen. Clemens Nöpfel hat uns klargemacht, wie wir das kollektive Arbeitsrecht mit allen Mitteln verteidigen werden. Hermann Schlimme hat gemahnt, in dieser Situation den letzten Arbeiter zu erfassen. Hermann Seelbach, der Leiter unserer Bundesschule, hat neue Wege der Bildungs- und Kulturarbeit aufgewiesen.

Kollegen, wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will. Sie wird uns gerüstet finden.

Die nochmalige Reichstagsauflösung erfordert eine neue politische Entscheidung des ganzen Volkes. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ihr werdet wie früher Eure Stimme abgeben für die Demokratie und für soziale Gerechtigkeit. Ihr werdet alle Kräfte anstrengen, um hierfür die Mehrheit des Volkes bei dieser neuen Wahl zu gewinnen. Aber so wichtig die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel, ebenso wichtig ist die über den Wahltag dauernde Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Kollegen, Männer und Frauen, Alte und Junge, die Ihr in Treue zu uns gehalten habt, an Eurer festen Haltung müssen und werden die Schwankenden nun wieder neuen Mut gewinnen. Euch Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die Ihr noch abseits steht, fordere ich auf, Euch jetzt in die gewerkschaftliche Kampffront einzureihen. Die Gewerkschaften sind auch Eure Hoffnung. Sie bilden die Einheitsfront aller Schaffenden, die in diesem neuen Abschnitt der Geschichte notwendig ist. Unseren Gegnern aber rufen wir zu: Wir sind nicht am Ende. Eure Reaktion steigert unsere Kräfte. Keine Macht der Welt wird die freien Gewerkschaften Deutschlands überwinden.

Berlin, den 13. September 1932.

Mit Gewerkschaftsgruß

Der Bundesvorsitzende

Leipold

Regierung nicht mehr daran denkt abzutreten, tobt man wie die Wilden und beruft sich dabei auf die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes. Aber für alle Zeiten steht es geschichtlich fest, daß es ohne Hitler keine Regierung Papen-Schleicher gegeben hätte. Durch ihre Hege gegen Demokratie und Sozialismus haben die Nationalsozialisten einer Schicht zur Macht verholfen, die niemals Aussicht hatte, auf einem natürlichen Wege zur Macht zu kommen. Das ist eine geschichtliche Tatsache, die durch noch so lautes Geschrei nicht aus der Welt geschafft werden kann. Für alle Taten, die die Regierung Papen seit ihrer Herrschaft zu vollbringen für gut befand, sind die Nationalsozialisten im vollen Umfange verantwortlich.

Als Gegengewicht haben die „seinen Herren“ die Privatarmee Hitlers zugelassen. Das arbeitende Volk hat sich von diesen braunen Herden den blutigsten Terror gefallen lassen müssen. Zahlreiche Arbeiter haben dafür mit ihrem Leben gebüßt. Gewerkschaftshäuser wurden gestürmt, Konsumvereinsläden vernichtet, und dies alles nur deshalb, weil Hitler sich mit einem kleinen Kreis von Reaktionen zum Kampfe gegen den Marxismus verbunden hatte. Die Arbeitlosen, die Sozialrentner, die Kriegsoffer, viele Millionen armer Leute haben durch dieses Bündnis zwischen landfremden Demagogen und den eingeseiften Reaktionen einen starken Abbau ihres so wie so geringen Einkommens hinnehmen müssen. In dem neuen Wahlkampf muß die eberne Tatsache jedem Volksgenossen immer und immer wieder eingehämmert werden.

Die gegenwärtige Regierung wird jetzt noch für eine geraume Zeit im Amte bleiben. Noch steht es nicht fest, wann ein neues Reichsparlament gewählt werden soll. Es besteht sogar die Gefahr, daß man gegen die Verfassung regiert und vorerst überhaupt keinen Reichstag wählen läßt. Wie man sich aber auch entscheiden wird, die Notverordnung zur Anfurberung der Wirtschaft ist in Kraft getreten und wird vorläufig in Kraft bleiben. Mag dies in ihrem ersten Teil wirklich zur Anfurberung der Wirtschaft beitragen, so ist dies aber mit gewaltigen Schädigungen für das arbeitende Volk verbunden. Der zweite Teil der Verordnung bringt einen Lohnabbau in einer untragbaren Höhe. Dieser Teil des Programms ist bereits am 15. September in Kraft getreten. Kein Reichsparlament vermag daran etwas zu ändern, weil ein solches nicht besteht. So bleibt nur das Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes, um die sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung zu mildern. Vieles ist jetzt noch in der Schwebelage, manches kann abgeändert werden, weil in Zeiten der politischen Ohnmacht der einzige bestehende Machtkomplex des arbeitenden Volkes, die Gewerkschaften, zur Abwehr stark und kampfbereit gehalten wird.

Der neue Wahlkampf muß mehr als jeder andere zur Aufklärung über sozialistische Grundzüge benutzt werden. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben aus der Erkenntnis heraus, daß die kapitalistische Wirtschaft unfähig ist, den Wiederaufbau vorzunehmen, einen grundsätzlichen Wandel in der Wirtschaftspolitik vorzuschlagen. Nur eine sozialistische Planwirtschaft ist in der Lage, von unten auf eine krisenfesteste Wirtschaft zu schaffen. Die Vor-

berungen der freien Arbeiterbewegung gipfelten in der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbanken, sowie aller staatlich subventionierten Betriebe. Dieser Wirtschaftsplan geht davon aus, daß ein Wiederaufbau nicht durch Lohnreduktionen und Verschönerung der Sozialversicherung vor sich gehen muß, sondern durch Stärkung der Massenkaufkraft und Aufrechterhaltung der Sozialpolitik. Das ist das Ziel, wofür sich die gesamte Arbeiterklasse in diesem Wahlkampf einsetzt.

Kein Zweifel darf darüber bestehen, daß der neue Wahlkampf dem früheren an Schärfe nicht nachsteht wird. Doch sind die Rollen diesmal vertauscht. Die Nationalsozialisten sind in die Defensive gedrängt worden. Die Aussichten für die freie Arbeiterbewegung sind günstiger als bei den letzten Wahlkämpfen. Soll der Wahlkampf aber frei und ungehindert geführt werden, dann ist die Aufhebung der Zeitungsverbote und der übrigen Beschränkungen der Propagandafreiheit unbedingt erforderlich. Wenn je, dann müßte es diesmal gelingen, die gesamte Arbeiterklasse auf einen gemeinsamen Boden zu bringen, damit ein einheitlicher Kampf geführt werden kann. Wenn wir uns hierüber auch keinen Illusionen hingeben, so sind wir doch der Meinung, daß der feste Kern der Abwehrfront gegen die Diktaturgefühle der Papen-Schleicher hier und Hitler dort in der Arbeiterbewegung liegt. Es geht um die politische Freiheit mit sozialem Fortschritt. Die Eisenerne Front tritt erneut zum Kampfe an. Dieser wird hart und schwer sein. Aber es liegt kein Grund vor, ihm auszuweichen. Mit stählernem Willen wollen wir ihn führen für Demokratie und Sozialismus.

Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung vom 5. September 1932.

Zweiter Teil.

§ 1.

Als „Betriebsabteilungen“ gelten nur selbständige Betriebsteile im Sinne der Verordnung über Betriebsstillegungen und Arbeitsfreudung vom 15. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 983).

§ 2.

1. Bei der Bemessung des Umfanges der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten sind hinsichtlich der Bemessungsgrundlage auch solche Arbeitnehmer mitzuzählen, die auf Grund eines planmäßigen Austausches (Krümpersystem) zeitweise die Arbeit aussetzen.

2. Nicht mitzuzählen sind:

- a) der Ehegatte des Arbeitgebers sowie Personen, die mit dem Arbeitgeber im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind,
- b) hausgewerbebetreibende einschließlich der Heimarbeiter,
- c) Arbeitnehmer, deren Beschäftigung unfähig im Sinne der Reichsversicherungsordnung § 441 ist,
- d) Arbeitnehmer, die ausschließlich oder überwiegend auf Provision, Bedienungsgeld oder ähnliche Bezüge angewiesen sind, wenn ihnen nicht ein dem Abz. 2b entsprechender Betrag als Mindestverdienst zugesichert ist,
- e) Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst achttausend Reichsmark übersteigt,
- f) Lehrlinge und Volontäre.

3. Außerdem sind von den nach dem 5. September 1932 neu eingestellten Arbeitnehmern nicht mitzuzählen:

- a) Arbeiter oder Angestellte, die nicht mindestens vierzig Stunden in der Woche oder, falls die Ar-

beiter- oder Angestelltenchaft des Betriebes oder der Betriebsabteilung im Durchschnitt fürzer arbeitet, nicht mindestens während dieser Durchschnittsdauer beschäftigt werden.

b) Arbeitnehmer, deren Lohn oder Gehalt nicht einem für gleichartige Arbeit im Betrieb geltenden Tarifklasse entspricht oder, mangels eines solchen Tariflages, nicht mindestens dem Ortslohn (Reichsversicherungsordnung § 149) gleichkommt; als Tarifvertrag im Sinne dieser Vorschrift gelten die im Tarifvertrag vorgesehenen Sätze unter Abzug der in der Verordnung vom 5. September 1932 oder in anderen gesetzlichen Vorschriften zugelassenen Unterstreifungen.

§ 3.

Im Falle des Krümpersystems (§ 2 Abs. 1) ist die wöchentliche Arbeitszeit der Arbeiter oder Angestellten nach ihrer durchschnittlichen Arbeitszeit unter Einrechnung der Zeit des Aussetzens zu bezeichnen. Eine durchschnittliche Berechnung der wöchentlichen Arbeitszeit findet auch dann statt, wenn in einem Betrieb oder in einer Betriebsabteilung die Arbeit beart getreft wird, daß planmäßig auf die einzelnen Wochen eine verschiedene Zahl von Arbeitsstunden entfällt.

§ 4.

Grundlage für die Bemessung der Erhöhung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl (Verordnung vom 5. September 1932, § 1 Abs. 1 und 3) ist die Zahl der im 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 beschäftigten Arbeiter oder Angestellten. Hat die Arbeiterchaft oder hat die Angestelltenchaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt mehr als vierzig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist im Falle einer Verringerung der Arbeitszeit von einer erhöhten Bemessungsgrundlage auszugehen. Die Erhöhung berechnet sich nach dem Verhältnis der eingetretenen Verringerung der Wochenarbeitsstunden zur Zahl der jeweiligen Wochenarbeitsstunden. Dabei bleibt ein Herabgehen unter vierzig Wochenarbeitsstunden außer Betracht.

§ 5.

1. Hat die Arbeiterchaft oder hat die Angestelltenchaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als sechsunddreißig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist der Arbeitgeber berechtigt, bei der Bemessung des Umfanges der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um ein Drittel erhöht anzusetzen.

2. Er darf die Zahl der neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um zwei Drittel erhöht anrechnen, wenn die Arbeiter- oder Angestelltenchaft während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als dreißig Stunden wöchentlich, er darf die Zahl doppelt anrechnen, wenn sie nicht mehr als vierundzwanzig Stunden wöchentlich gearbeitet hat.

§ 6.

1. Uebersteigt der Lohn- oder Gehaltsatz eines Arbeitnehmers den zuständigen tarifvertraglichen Satz, so ist die zulässige Unterschreitung von demjenigen Teilbetrag zu rechnen, der dem tarifvertraglichen Satz entspricht.

2. Sachbezüge, Aufwandsentschädigungen, Familienzuschläge und ähnliche Vergütungen sind nicht als Lohn- oder Gehaltsätze anzurechnen.

§ 7.

Als „Wochenarbeitsstunden“ gelten auch die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden.

§ 8.

Für den Wert von Sachbezügen sind, soweit nicht ein Tarifvertrag etwas anderes vorschreibt, die Festsetzungen der Versicherungsbehörden nach der Reichsversicherungsordnung § 160 Abs. 2 maßgebend.

§ 9.

Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft.

Im Kampf gegen die Kulturreaktion.

Das deutsche Theater, das Konzertwesen, auch das unserer Arbeiterorganisationen und Kulturorganisationen, ist durch die fürchterliche Wirtschaftskrise ernstlich bedroht; mit am stärksten aber die in öffentlicher Hand befindlichen Theater und damit auch in erheblichem Maße unsere Volkstheaterbewegung. Unsere Gemeinden führen einen verzweifelten Kampf, um wenigstens die notwendigen Wohlfahrtserwerbslosenlasten aufzubringen, und trotzdem muß — auch vom Standpunkt der Arbeiter, Angestellten und Beamten aus gesehen — immer wieder aufs neue die Forderung erhoben werden, unsere Kultur nicht verlinken zu lassen. Es ist ein historisches Verdienst der deutschen Arbeiterklasse, schon frühzeitig genug erkannt zu haben, daß die Menschen nicht nur von Brot allein leben wollen, sondern daß sie auch Anteil haben sollen an den Kulturerrungenschaften der Zeit.

Unsere deutschen Theater und Konzertorchester genießen Weltruf. Sie in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, wird immer unser Bestreben sein müssen. Neuerdings droht aber diesen Bestrebungen eine neue Gefahr. Der Nationalsozialismus begnügt sich nicht damit, nur politisch, wirtschaftlich und sozial reaktionär zu sein, auch in der Kulturbewegung soll das Rad der Beschädigung zurückgedreht werden. Die derzeitigen Machthaber im Reich und in Preußen tun dazu das Ihrige. Was sich in den letzten Wochen auf dem Gebiete des Rundfunks ereignet hat, zeigt zur Genüge, wohin die Reise geht. Um nun auch diesen kulturreaktionären Bestrebungen wirksam be-

gegenn zu können, ist in den letzten Wochen in Deutschland eine Abwehrfront geschaffen worden, bestehend aus dem Verband der deutschen Volkstheatervereine, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem AFD-Bund, dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und dem Sozialistischen Kulturbund sowie den am Theater direkt interessierten Gewerkschaftsorganisationen.

Diese Körperschaften haben an ihre örtlichen Verwaltungsstellen ein Rundschreiben erlassen, in dem dazu aufgefordert wird, in allen Theaterstädten Deutschlands gemeinsame Theaterausschüsse ins Leben zu rufen, deren Aufgaben darin bestehen sollen:

- 1. dauernde gegenseitige Frühlingnahme und Verständigung der Organisationen, um die Einheitlichkeit aller Aktionen zu gewährleisten;
- 2. Einfluß zu nehmen auf alle öffentlichen Körperschaften zugunsten der Erhaltung und des Ausbaus der sozialen Theater- und Kunstpflege;
- 3. planmäßige Erfassung der in diesen Organisationen zusammengeschlossenen Massen für das Volkstheater; nachdrückliches Eintreten für die Arbeit der örtlichen freien Theaterbesucherorganisation (Volkstheater);
- 4. Abwehr aller kultur- und kunstfeindlichen Bestrebungen politischer und anderer Gruppen, namentlich im Hinblick auf das Theater;
- 5. Vorbereitung und Durchführung öffentlicher Rundgebungen zur Erhaltung des Theaters bzw. zur Sicherung des kulturellen Regietheaters.

Erfolgreich werden diese Ausschüsse allerdings nur arbeiten können, wenn in Zukunft auch die gesamte deutsche Arbeiterbewegung sich wieder mehr als feibber um diese kulturpolitischen Angelegenheiten kümmert.

Wir haben nicht umsonst einen jahrzehntelangen Kampf geführt, um auch der minderbemittelten Bevölkerung diese großen Kulturgüter zunuge zu machen. Es wäre ein verhängnisvoller Schritt zurück, wenn es uns nicht gelänge, dieses so von unseren Vätern ererbte Gut auch für die Zukunft zu erhalten. Bewußt ist es zur Zeit manchem unserer Kollegen insofern vermindertes Einkommens und besonders unserer Arbeitslosen nicht möglich, die kulturellen Bedürfnisse in dem Maße zu befriedigen, wie es wünschenswert wäre. Andererseits steht aber fest, daß Volkstheater, Sozialistischer Kulturbund, Gewerkschaften und Partei im Laufe der Jahre viele Möglichkeiten geschaffen haben, um auch den minderbemittelten das Recht und die Gelegenheit zur Teilnahme an diesen Kulturgütern zu schaffen.

Sorgen wir — jeder einzelne an seiner Stelle — dafür, daß auch dem Theater wieder neue Freunde zugeführt werden. Erobern wir das Theater der deutschen Arbeiterbewegung und damit dem deutschen Volk, dann haben wir dem Wunsch der Spigenorganisationen entsprechend unsere Pflicht getan und werden auch aus diesem Kampfe trotz Wirtschaftskrise und Kulturreaktion als Sieger hervorgehen.

Der Bundesvorstand des ADGB. ruff zu neuer Werbung auf.

Der zweite Verhandlungstag der Bundesauschussung des ADGB. war ausgefüllt mit der Behandlung der Frage der gewerkschaftlichen Agitation. An erster Stelle referierte Hermann Schlimme (Bundesvorstand) über

Werbetätigkeit der Gewerkschaften.

Eine Ausstellung von Werbematerial der Gewerkschaften aus alter und neuerer Zeit, die dem Bundesauschuss vorgeführt wurde, zeige die Art und Weise und den Wandel in der Werbearbeit. Millionen Mark müssen die Gewerkschaften jährlich aufwenden allein für die Gewinnung neuer Mitglieder. Die Gewerkschaften müssen daher sorgfältig prüfen, ob durch gemeinsame Agitation eine rationellere Werbung neuer Mitglieder möglich ist. Zum Wort und zur Schrift als Mittel der Agitation ist in neuerer Zeit das Lichtbild, der Film, die Ausstellung hinzugekommen. Die altbewährten Methoden der Werbung müssen geprüft und neue Formen gesucht werden.

Die Agitationsarbeit der Gewerkschaften ist gleichbedeutend mit

wirtschaftlicher Aufklärung.

Sie gewinnt in Zeiten der Wirtschaftskrise erhöhte Bedeutung. Politische Verbeugung durch die zahlreichen Feinde der Gewerkschaften zerstört vielfach das Vertrauen der Außenstehenden zu den Gewerkschaften. Ein Vergleich mit dem Konjunkturverlauf zeigt jedoch, daß trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mitgliederzuzug sich nicht annähernd im gleichen Umfang auswirkt.

Die Arbeiter wissen, daß sie jede Schwächung ihrer Organisationen mit Lohndruck und verschlechterten Lebensbedingungen bezahlen müssen.

Noch stehen mindestens 14 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in Beschäftigung, von denen der größte Teil noch für die Gewerkschaften gewonnen werden soll.

Trotz der handgreiflichen materiellen, ideellen und kulturellen Erfolge der Gewerkschaften für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ist die Gewinnung dieser Unorganisierten längst nicht erreicht. Erschwert wird die Agitation, seitdem die Arbeitskämpfe in die Tarifämter und staatlichen Schlichtungsstellen verlegt wurden und so vielfach das Gefühl entstand, als sei die gewerkschaftliche Rückenbedeckung nicht mehr erforderlich.

Die für die Gewerkschaften wirkungsvollste Aufklärungs- und Agitationsarbeit wird im offenen Kampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber geleistet, weil dabei jeder Beteiligte die Macht der Organisation unmittelbar verspürt. Unlautere Propagandamethoden können die Gewerkschaften angesichts ihrer Bedeutung für die Arbeiterklasse in Wirtschaft und Staat nicht anwenden. Ihre ganze sozialistische und wirtschaftspolitische Arbeit erfordert, daß die Gewerkschaften bei ihrer Werbetätigkeit sich mehr an das Interesse des einzelnen an seinen Verband als an das Gefühl der großen Masse wenden.

Das berufliche Zusammengehörigkeitsgefühl

hat sich noch stets als eines der wichtigsten Bindemittel erwiesen. Die Hauptwerbearbeit wird deshalb auch in Zukunft bei den Einzelverbänden verbleiben müssen. Doch müssen die Einzelverfahren ausgetauscht und in einer zentralen Stelle im Interesse aller Verbände ausgewertet werden. Der gewerkschaftliche Vertrauensmann muß gemeinsam mit der geschäftlichen Betriebsvertretung die Agitation im Betriebe übernehmen. Eine besondere Aufgabe fällt dabei der Werbung unter den Jugendlichen, Lehrlingen und Frauen zu.

Jährlich verlassen jetzt noch etwa 600 000 Jugendliche die Lehre. In jedem Verbandsverband, in den Bezirksverwaltungen, in jeder Ortsverwaltung, für jeden größeren Betrieb oder jede größere Abteilung sollte eine Agitationskommission eingesetzt werden. Die Ortsausschüsse des ADGB. sollten die Erfahrungen der örtlichen Agitationskommission sammeln und zur Ausstellung gemeinsamer Werbepläne verwenden. Hierbei können Jugendliche und Frauen, namentlich die jüngeren, den Jugend- und Beherlingsabteilungen erwachsenen Gewerkschaftskollegen, als Propagandisten wertvolle Hilfe leisten, ähnlich wie in der politischen Agitation, insbesondere bei Vorbereitung und Durchführung der Hausagitation. Einspannen geeigneter jugendlicher Kräfte in die Werbearbeit bedeutet gleichzeitig

Einführung in die praktische Gewerkschaftsarbeit.

Direkte mündliche persönliche Aufklärung hat sich noch stets als das wirksamste Werbemittel für die

Gewerkschaften erwiesen. Die Gewinnung der zahlreichen unorganisierten Arbeitslosen durch die Gewerkschaften und ihre Betreuung durch bereits organisierte Arbeitslose ist unter der Führung und Aufsicht der Ortsausschüsse gemeinsam mit den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter in die Wege zu leiten.

Jede Art von schriftlicher Propaganda soll vollständig und wirkungsvoll sein. Das stärkste Propagandamittel ist die Gewerkschaftspresse. Sie hat die Aufgabe, die Arbeitermassen aufzuklären, zu bilden und zur Solidarität zu erziehen. Die Gewerkschaften werden die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Orten von Zeit zu Zeit für eine großzügige, von zentraler Stelle aus geleitete Werbekampagne einsetzen. Dann wird es möglich sein, das große Meer der Indifferenten zu dezimieren. — Leber die

planmäßige Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Agitation

referierte Genosse Dr. H. Seelbach, Leiter der Bernauer Bundeschule. In dieser Zeit der tiefgreifenden Wirtschaftskrise erhält die gewerkschaftliche Werbearbeit eine erhöhte Bedeutung. Sie ist nicht nur eine Frage nach dem Stande der Mitglieder. Sie wird zu einer Schicksalsfrage der Arbeiterbewegung. Alle Gebiete gewerkschaftlicher Betätigung müssen deshalb mehr als bisher die Forderungen der Agitation beachten. Das gilt vor allem für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die, wie jedes Gebiet der sozialen Praxis, in den großen Rhythmus der Entwicklung hineingestellt ist. Während es in der Vorkriegszeit ihre Aufgabe war, den Gedanken der Solidarität lebendig zu machen, den Opferinn zu pflegen, an den Idealismus zu appellieren, um die Massen zu aktivieren, war in der Nachkriegszeit die Bildungsarbeit als Folge der neuen Nachstellung der Gewerkschaften auf sachliche Schulung eingestellt. Es galt, in die Gebiete der Wirtschaft, der Sozialpolitik und des Rechts einzuführen. Durch die Wandlungen, die sich in der Stellung der Gewerkschaften durch die Krise vollziehen, sind auch der Bildungsarbeit wiederum neue Aufgaben gestellt, den Menschen tiefer zu erfassen, ihn für den Kampf um die Ziele der Organisationen einzusetzen. Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit muß durch die sachliche Schulung den Funktionären Hilfsmittel für ihre neue agitatorische Tätigkeit liefern.

Was von der Bildungsarbeit gilt, ist auch für die Ausgestaltung der Presse und für das Versammlungsleben notwendig.

Auf allen Gebieten muß eine stärkere Werbearbeit einsetzen.

Diese Arbeit darf sich nicht nur auf die bisherigen Erfahrungen stützen, sie muß die Erkenntnisse der Berufswissenschaften verwerten. Neben der bisherigen Praxis muß eine laufende Forschungsarbeit einhergehen. Die Agitation ist nicht nur eine individuelle Angelegenheit. Sie ist Gegenstand einer umfassenden planmäßigen Organisation. Die Agitation ist nicht nur eine Aufgabe der einzelnen Verbände. Sie muß von der gesamten Bewegung getragen werden. Die Angriffe auf die Gewerkschaften werden zentral geführt. Der Gegenstoß muß deshalb nicht nur von den einzelnen Gruppen, sondern von zentraler Stelle der Gewerkschaftsbewegung erfolgen.

Die Distinktion, die sich an die beiden Referate angeschlossen, brachte in sehr anregender Weise die besonderen Werbeprobleme der einzelnen Verbände der verschiedenen Größe, Struktur und Berufsart zum Ausdruck.

Die Gewerkschaftspresse müsse ihren Charakter dem agitatorischen Bedürfnis der Verbände anpassen; viele Gewerkschaftsblätter haben bereits gezeigt, daß sich die Schriftleitungen dieser Aufgabe bewußt sind. Sachliche Gründe müssen in der gewerkschaftlichen Agitation ihre Geltung behalten und für solche Art der Werbung müsse Bildungsarbeit die Vorbereitung sein.

Die Teilnehmer an den Bildungseinrichtungen müssen ständig zur Werbearbeit wie zu jeder praktischen Gewerkschaftstätigkeit herangezogen werden. Sie müssen im Ueberblick über die grundsätzlichen Probleme der Gewerkschaftsbewegung ebenso sicher sein wie in der Bewältigung der täglichen Kleinarbeit, um werbend auftreten zu können. Auch die Familienmitglieder der Gewerkschaftsgenossen und unorganisierten Berufsangehörigen müssen von der Agitation erreicht werden. Darum hat

die Hausagitation.

große Bedeutung. An Kräften fehle es nicht, denn viele jüngere Gewerkschaftsmitglieder warten darauf, daß sie Gelegenheit bekommen, sich tätig für die Bewegung einzusetzen. Für die Zusammenarbeit der Verbände mit Unterstützung einer zentralen Stelle wurden zahlreiche Gründe angeführt. In vielen Beziehungen könne eine solche Zusammenarbeit von Vorteil sein.

Die Bewegung brauche praktisch wirkende Kräfte, die Erfolge erreichten. Aber sie bedarf auch der Dolmetscher, die den Mitgliedern und den Fernstehenden das Erreichte darzustellen verstanden. Anziehend wirke — namentlich auf junge Menschen — die Masse, die von einem Denken und Wollen befeelt ist. Die Gewerkschaftsbewegung ist diese Masse; sie muß auch als solche erscheinen. — Das räumliche Auseinanderziehen der Arbeiter im Betriebe und manche andere Erscheinung neuartiger Werfatigation habe neue Schwierigkeiten für die Werbung erzeugt, die es zu erkennen und zu überwinden gilt. Diese einzelnen Erscheinungen erfordern ebenso wie die Gesamtsituation der Bewegung eine Ueberprüfung und Entwicklung der Werbemethoden. In den einzelnen Verbandszentralen müssen vor allem auch die Erfolge der Werbung gut beobachtet werden.

Die Debatte über die Werbearbeit der Gewerkschaften wird von dem Bundesauschuss nicht als beendet angesehen. Sie wird vertagt. Die Zusammenarbeit der Verbände auf dem Gebiete der Agitation und die weitere Behandlung des Themas in künftigen Bundesauschussungen wird durch das Büro des ADGB. vorbereitet werden.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Leipzig. In Auswertung der Beschlüsse des Verbandstages nahmen am 6. September in einer gut besuchten und äußerst anregend verlaufenen Sitzung die örtlichen Funktionäre Stellung zu den nächstliegenden Aufgaben in der Organisationsarbeit. Die Erleichterungen für den Beitritt erwerbsloser Berufskollegen zur Organisation und die Reduzierung der Beherlingsbeiträge wurden lebhaft begrüßt und sollen als Grundlage zu einer umfassenden Werbung dienen, die alsbald eingeleitet und unter Anwendung aller modernen und zweckentsprechenden Propagandamittel durchgeführt werden wird. Dabei wurden die einer erfolgreichen Werbung neuer Mitglieder entgegenstehenden Umstände klar herausgestellt. Doch betonen die Funktionäre in übereinstimmender Auffassung die unbedingte Notwendigkeit einer intensiven Betreuung der erwerbslosen und insbesondere der jugendlichen Berufsangehörigen. Es gilt, diejenigen Kollegen, die infolge langer Arbeitslosigkeit oder anderer mißlicher Verhältnisse die Verbindung mit der Organisation verloren oder noch nicht gefunden haben, einzureihen in unsere Front, damit sie bei kommenden Kämpfen unsere Position nicht schwächen. Der Gewinnung des beruflichen Nachwuchses soll ganz besondere Beachtung geschenkt, der Einfluß der Lehrmeister auf die geistige Erziehung der jungen Kollegen mit allen Mitteln gebrochen werden. Trotz der Beschränkung der Mittel werden wir deshalb tatkräftig am Ausbau unserer Jugendabteilung arbeiten müssen. Daß auch in wirtschaftlich kritischen Zeiten Erprobliches geleistet werden kann, beweisen die in den letzten Wochen durch die Verwaltungsmitglieder und Beitragstastierer systematisch durchgeführten Besuche bei einer beträchtlichen Anzahl von Mitgliedern, welche die wirtschaftliche Not zu zweifeln werden ließ. — Durch Beschluß der Ortsverwaltung sollen künftig besonders in Not befindlichen Mitgliedern auf Antrag Beihilfen zur Begleichung ihrer rückständigen Erwerbslosenmarken gewährt werden. Dadurch dürfte einem Teil guter Kollegen trotz ärgster wirtschaftlicher Bebrängnis die Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft und die Erhaltung ihrer wohl erworbenen Rechte ermöglicht werden. Die auf Grund der neugeschaffenen Beitragskala und der Veränderung der Anwaltszuschläge notwendige Neuordnung der Lokalausschläge war Gegenstand vorbereitender Beratungen in der Verwaltung. Die örtlichen Kassenerhältnisse mahnen hierbei zu strengster Ueberprüfung aller Umstände. Doch soll auch hier ver sucht werden, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten materielle Erleichterungen für die Mitglieder zu schaffen. Die Vorschläge der Ortsverwaltung fanden einmütige Billigung, weitere Beschlüsse soll die nächste Mitgliederversammlung fassen. Die Aussprache bewegte sich auf sachlich hohem Niveau und war ein guter Aufstakt für die in Angriff zu nehmenden Arbeiten. Ihr Ausklang war entschlossener Wille zum Kampf um die Erhaltung und den Ausbau unserer organisatorischen Basis.

Anschließend wurde noch Bericht über die am gleichen Tage getroffene Lohnregelung für die Gewerwarenindustrie Westfalens erstattet, die an anderer Stelle der Zeitung veröffentlicht wird.

W. Frahnert.

Streiks und Lohnbewegungen.

Leidernwaren.
Leipzig-Westfahlen. In der Tarifinstanz wurde der Tarifmindestlohn bis zum 31. Dezember 1932 auf 84 Pf. festgelegt.

Tapezierer.
Düsseldorf. Mit Wirkung vom 10. September beträgt der Mindestlohn 93 Pf., für Dekorateur 98 Pf. Das Abkommen hat Gültigkeit bis zum 30. November 1932.

Halle. Der Lohn beträgt bis zum 31. Oktober 1932 86 Pf.

Lübeck. Mit der Innung wurde vereinbart, den Tariflohn auf 86 Pf. festzusetzen. Dieses Abkommen kann erstmalig zum 31. Dezember 1932 gekündigt werden.

Münz. Bei der Verhandlung vor dem Schlichter wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Durchschnittslohn bis zum 31. Dezember 1932 85 Pf. beträgt.

Treibriemen.
Brackwede. Der Tariflohn für den Betrieb Wöllers beträgt bis zum 31. Oktober 1932 66 Pf.

Handwerkssattler.
Freistaat Sachsen. Durch Vereinbarung der Tarifparteien wurde der Tariflohn für die Zeit vom 11. September 1932 bis zum 28. Februar 1933 auf 82 Pf. in der Ortsklasse A festgelegt. In der Ortsklasse B beträgt der Tariflohn 74 Pf. und in der Ortsklasse C 69 Pf.

Fahrzeugindustrie.
Görlitz-Niestky. Der Streik dauert ununterbrochen an. Beteiligt sind wir in der Waggonfabrik Görlitz und der Firma Christoph u. Umnad in Niestky. Die Betriebe sind gesperrt.

Allgemeinverbindlichklärung.
Der am 1. Juli 1932 in Kraft getretene Lohnarif der Leidernwarenindustrie Bezirk Rheinland-Westfalen ist mit Wirkung vom 1. August 1932 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die Allgemeinverbindlichklärung ist eingetragen auf Blatt 9891 lfd. Nr. 7 des Tarifregisters.
Die Allgemeinverbindlichklärung wurde ebenfalls ausgesprochen für den Lohnarif des Tapezierer- und Sattlergewerbes für den Freistaat Baden. Die Allgemeinverbindlichklärung beginnt am 1. August 1932 und ist eingetragen auf Blatt 10528 lfd. Nr. 10 des Tarifregisters.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende August 1932.

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verband betrug Ende August 67,7 Proz. gegen 66,9 Proz. Ende Juli d. J. Männliche Arbeitslose wurden ermittelt 11 532 = 69,1 Proz., weibliche 1861 = 59,7 Proz. Insgesamt waren Ende August 13 393 Verbandsmitglieder arbeitslos. Rechnet man zu dieser Zahl die Kurzarbeiter, umgerechnet in Vollarbeiter, hinzu, so entfallen Ende August 1932 auf je 100 Verbandsmitglieder 28,8 Vollarbeiter, denen 71,2 Vollerwerbslose gegenüberstehen.

Auf die Gaus verteilten sich die Erwerbslosen und Kurzarbeiter wie folgt:

| Gau | Verbandsmitglieder Ende August | Dieselben Mitglieder | | Davon waren arbeitslos | | Prozent | Kurz- arbeiter Ende August | Prozent | Mit- glieder | m. | w. |
|---------------------|--------------------------------|----------------------|------|------------------------|------|---------|----------------------------|---------|--------------|-----|----|
| | | m. | w. | m. | w. | | | | | | |
| Ostgau | 32 | 4638 | 526 | 3458 | 378 | 3831 | 74,3 | 196 | 10 | 86 | 4 |
| Rodgau | 21 | 2074 | 170 | 1454 | 93 | 1547 | 68,9 | 219 | 5 | 101 | 3 |
| Mitteldeutschl. | 19 | 1172 | 210 | 805 | 97 | 902 | 55,1 | 92 | 12 | 143 | 7 |
| Freistaat Sachsen | 15 | 2272 | 399 | 1614 | 226 | 1840 | 68,9 | 94 | 3 | 74 | — |
| Bayern | 10 | 1251 | 540 | 934 | 448 | 1382 | 77,2 | 73 | 2 | 18 | — |
| Süd-Westf. | 18 | 3778 | 995 | 2397 | 516 | 2913 | 61,0 | 105 | 6 | 61 | 2 |
| Rheinland-Westfalen | 16 | 1501 | 275 | 870 | 106 | 978 | 55,1 | 79 | 7 | 17 | 7 |
| Insgesamt | 131 | 16681 | 3115 | 11537 | 1861 | 13393 | 67,7 | 858 | 45 | 65 | 23 |

Kurzzeitig arbeiteten 1763 männliche und 577 weibliche, zusammen 2340 Verbandsmitglieder = 11,8 Proz. gegen 12,4 Proz. Ende Juli d. J. Auf 100 entfallen Ende:

| | Arbeitslos | weibl. | Summ. | Prozent | Kurz- arbeiter | Prozent |
|-----------------|------------|--------|-------|---------|----------------|---------|
| 1 bis 8 Std. | 499 | 140 | 579 | 8,8 | 2,7 | 3,6 |
| 9 bis 16 Std. | 440 | 147 | 587 | 2,9 | 3,2 | 2,5 |
| 17 bis 24 Std. | 652 | 215 | 867 | 6,9 | 5,7 | 4,7 |
| 25 u. mehr Std. | 232 | 75 | 307 | 1,9 | 1,1 | 1,2 |
| Insgesamt | 1763 | 577 | 2340 | 15,5 | 12,7 | 12,0 |

Veranstaltungskalender

Mün. Dienstag, 27. September, abends 7 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Saal 4, eine Versammlung für alle Branchen statt. Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Bericht vom Verbandstag.

Verantwortlicher Redakteur: Bruno Engel, Berlin. Verlag: E. Gerhardt, Berlin. Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Engel & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

40 Jahre in Treue zum Verband.

Valentin Trost 40 Jahre Verbandsmitglied.



Am 6. August 1932 waren 40 Jahre vorflissen, seit in Nürnberg eine Filiale des Verbandes der Sattler und Tapezierer ins Leben gerufen wurde. 9 Sattlerkollegen traten am 6. August 1892 dem Verbands bei und Valentin Trost, von uns nur Vater Trost genannt, ist der einzige, der von den damaligen Gründern des Verbandes noch beim Verbandsmitglied ist. Trost war der erste Vorsitzende des Verbandes und hat das Verbandsmitglied in den ersten Jahren seines Bestehens über manche Klippen hinweggesteuert. Wenn mancher Kollege mutlos wurde, weil es absolut nicht vorwärtzgehen wollte, Vater Trost hat jeden wieder aufgerichtet.

Der Hauptvorstand.

Mün. Wahl zum erweiterten Vorstand. Die Wahl findet am Dienstag, 27. September, in folgenden Lokalen statt: im Volkshaus, Saal 4, von 4 bis 8 1/2 Uhr; im Restaurant Bauer, Ewaldstr. 1, von 4 bis 7 Uhr; in Ehrenfeld in der Wirtschaft Thomas, Ede Bogelänger- und Theberstraße, von 5 bis 7 Uhr; in Muhlheim, Restaurant Rheinberg, Freiheit 59, von 4 bis 6 Uhr und im Restaurant Rippdorf, Ede von Sparr- und Hacketauerstraße, von 5 bis 7 Uhr.

Verbandsbuch oder Mitgliedskarte ist mitzubringen. Wer länger als 5 Wochen mit seinem Beiträgen im Rückstand ist, kann nicht wählen.

Bielefeld. Die Wahl zum erweiterten Vorstand findet am 28. September von 4 bis 6 Uhr in folgenden Lokalen statt: Wirtschaft Rothild, Heinrichstr., Wirtschaft Kaiser, Schildesherstr. Sämtliche Arbeitslose wählen im Verbandsbüro, Heberstr. 5. Die Brackweder Kollegen wählen in der Wirtschaft Krißlermann.

Leipzig. Die Wahl des Leiters für den Gau Sachsen im Erweiterten Vorstand erfolgt durch Urmahl am Mittwoch, 28. September, von 16 bis 18.30 Uhr in nachstehenden Bezirkslokale: Zentrum-Süden: Volkshaus, Gartenolonnade 1; Osten: Sophienhöhlen, Konradstraße; Südosten: Stadt Eilenburg, Eilenburger Straße; Westen: Stadt Altenburg, Lindenauer Markt; Norden: Rickau-Auskant, Eisebthstraße. Auf Vorschlag der Funktionärslöhne vom 6. September ist als Kandidat Kollege Fritz Oph, Vorsitzender der Verwaltungsstelle Leipzig, aufgestellt.

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die dem Verband 13 Wochen angehören und nicht länger als 5 Wochen mit der Beitragszahlung im Rückstand sind. Die 35. Beitragsmarke muß am Wahltag gelieft sein. Mitgliedsbuch bzw. -karte ist bei der Wahl vorzulegen. Arbeitslose und trankte Mitglieder, die Verbandsunterstützung beziehen, erhalten vor der Wahl im Büro einen Ausweis.

Kollegen, Kolleginnen, Wahlrecht ist Wahlpflicht! Die Ortsverwaltung, J. A.: W. Frahnert.

Rundschau

Mundstotmachung der Gewerkschaftspressen. Der kommissarisch in Berlin eingesetzte Polizeipräsident verbietet die „Buchbinder-Zeitung“ bis zum 28. September 1932. Begründet wurde dieses Verbot, daß die „Buchbinder-Zeitung“ in einem Artikel „Eine unmögliche Verbotsandrohung“ eine früher erhaltene Verwarnung kritisiert habe unter wörtlicher Anführung der beanfallenen Stellen. Die Redaktion der Druckdruck „Der Kommunalbeamte“ erhielt eine Verwarnung, weil er in einem Artikel „Ergebnis der Reichstagswahlen“ dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung den Vorwurf des verfassungs-widrigen Handelns gemacht habe. Für den Wiederholungsfall wird ein längeres Verbot der Zeitung angeordnet.

Die Gewerkschaftspressen wird trotz dieses Vorgehens sich nicht davon abhalten lassen, auch in Zukunft an den Handlungen der Reichsregierung Kritik zu üben.

Arbeitnehmerorganisation der Meisterlehre. Wie aus Hannover gemeldet wird, wurde dort am 5. September der große handwerkliche Spitzenorganisationen, des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammertages und des Deutschen Junggewerbetages unter dem

Von Beruf Treibriemer lag ihm nicht nur seine Branche nahe, sondern er widmete hauptsächlich seine ganze Kraft der Beseitigung des Kost- und Logistikwesens im Sattlerhandwerk sowie der Herabsetzung der 12- bis 14stündigen Arbeitszeit. Bis Ende des vorigen Jahres besuchte Vater Trost noch die Versammlungen und namentlich keine Branchenversammlung der Treibriemer ließ er sich entgehen. Heute zwingt leider ein körperliches Leiden und sein hohes Alter (am 17. Mai dieses Jahres wurde er 77 Jahre alt) unsern alten Kollegen, daheim zu bleiben, aber unsere Fachpresse verfolgt er eifrig und nimmt auch sonst noch regen Anteil am Geschehen im Verband. Wir danken an dieser Stelle unserm Vater Trost für die in 4 Jahrzehnten dem Verbands gehaltene Treue und geloben, in seinem Sinne an der Weiterentwicklung des Verbandes zu arbeiten. Möge besonders unsere Jugend sich ein Beispiel nehmen und sich in unsere Reihen eingliedern, damit das von den alten Kollegen begonnene Werk nicht untergeht. Wir brauchen heute jeden einzelnen.

Ortsverwaltung Nürnberg.

Ramen Deutscher Handwerksvereine eine Spitzenorganisation für die handwerkliche Arbeitnehmererschaft gegründet. Die neue Organisation bekennet sich zum berufständischen Gedanken und zählt, wie es heißt, zu ihren Aufgaben die umfassende Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Handwerksvereine und den Kampf für eine positive Handwerkspolitik in Reich, Ländern und Gemeinden.

Zentralrentenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.

Hierdurch bringen wir unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir unser Kassental vom Freitag, 7. Oktober, ab, von der Dresdener Straße 80 nach dem Restaurant von

Karl Wöhe, Schäferstraße 5,

(zwischen Annen- und Schmidtstraße), verlegen. Dort werden jeden Freitag, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, Beiträge entgegengenommen und Krankengeld ausgezahlt. Unser zweites Kassental befindet sich in Berlin N. im Restaurant Sachse, Lindower Straße 26, am Bahnhof Wedding. In diesem Lokal werden ebenfalls jeden Freitag, abends von 7 bis 8 Uhr, Beiträge kassiert.

Die Ortsverwaltung, J. A.: Ferd. Rayhardt.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Orts-verwaltungen)

Vom 19. September bis zum 25. September ist der 39. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine fünfundzwanzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurüchbliden:

| Nürnberg. | | |
|------------------|----------------|--------------|
| Name | Beruf | Eingetret. |
| Birkebach, Hans | Tapezierer | 13. 4. 1907 |
| Horn, Georg | Portefeuller | 2. 3. 1907 |
| Reindel, Ludwig | Sattler | 29. 10. 1907 |
| Meyer, Johann | Tapezierer | 3. 9. 1907 |
| Reubauer, Marie | Portefeullerin | 9. 3. 1907 |
| Döbler, Wilhelm | Portefeuller | 26. 2. 1907 |
| Sünkel, Andreas | Tapezierer | 3. 5. 1907 |
| Bogler, Hans | Sattler | 6. 7. 1907 |
| Wägler, Leonhard | Sattler | 12. 3. 1907 |
| Zeidler, Georg | Tapezierer | 1. 6. 1907 |

Achtung! Berichtskarten einreichen!

Die Berichtskarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende September 1932 sind bis spätestens 5. Oktober 1932 an die Hauptverwaltung einzuliefern. Stichtag ist Sonnabend, der 1. Oktober.

Adressenänderungen

Berlin. Die Zahlstelle Danziger Str. 93 (Less) ist nach der Danziger Str. 71 (Restaurant Klug) verlegt.

Die Zahlstelle Neukölln, Eilshower Str. 6, ist aufgehoben und mit der Zahlstelle Reuterstraße 22, Restaurant Bertram, zusammengelegt. Zahlabend dafelbst: Sonnabend von 3 bis 6 Uhr.